

Soziale Stadt

Aktuelle Informationen zum Bund-Länder-Programm

info 2

September 2000

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*

als Schwerpunkt der zweiten Ausgabe von „Soziale Stadt info“ haben wir das Thema „Quartiermanagement“ gewählt – mit gutem Grund, wie wir meinen. Im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wird auf die Kooperation möglichst vieler am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Geschehen im Stadtteil Beteiligter gesetzt; angestrebt werden die Bündelung der im Quartier vorhandenen wie der im Rahmen von Förderprogrammen bereitgestellten Ressourcen, die Förderung der Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Stärkung der lokalen Wirtschaft. Solch ein integriertes, hochkomplexes Vorhaben bedarf einer „treibenden Kraft“ vor Ort. Hier setzen Einrichtungen wie das Quartiermanagement (auch „Stadtteilmanagement“) an. Sie fungieren etwa als Mediatoren zwischen Stadtteil-Bevölkerung und Verwaltung, als Unterstützer selbstständiger Aktivitäten im Gebiet, als Initiatoren örtlicher Projekte.

Das Quartiermanagement als zentraler Akteur eines zu schaffenden Netzwerks

wird mit vielen – meist gegensätzlichen – Interessen konfrontiert. Es unterliegt überdies einem enorm hohen Erwartungs- und Handlungsdruck. Gleichzeitig besteht über sein Aufgabenspektrum häufig Unsicherheit.

Auf der Berliner Starterkonferenz war vom Quartiermanager gar als der – inzwischen vielzitierten – „eierlegenden Wollmilchsau“ die Rede: fachlich kompetent, grenzenlos kommunikativ, organisatorisch geschickt, charismatisch-mitreißend, zu Aktivitäten motivierend, zugleich ausgleichend und zusammenführend, dabei sensibel im Umgang mit Menschen verschiedenster Herkunft, Bildung, Kultur, Profession...

Die Hürden vor der „Herausforderung Quartiermanagement“ abzubauen und die Diskussion über dessen Rolle als Katalysator von aktiver Bürgerbeteiligung, sozialer Integration und gesamtstädtischer Solidarität zu forcieren, erscheint überfällig. Mit den in diesem Heft versammelten Beiträgen – Annäherungen an das Thema in Theorie und Praxis, mit dem Blick von „innen“ und von „außen“ – soll hierzu beigetragen werden.

Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt ■

i · n · h · a · l · t

Schwerpunktthema:

Quartiermanagement

Überlegungen zum Quartiermanagement	2
Duisburg-Marxloh auf dem Weg zu bürgerschaftlicher Initiative und Selbstorganisation	4
Stadtteilmanagement in Flensburg-Neustadt – ein Erfahrungsbericht	6
Stadtteilmanagement im Rahmen des Projekts „Integrierte Stadtteilentwicklung im ‚Leipziger Osten‘“	8
„Soziale Stadt – meine Sicht“	11
Programmbegleitung vor Ort	12
Kurzmeldung	12
„Die Kraft des Südens“ Zukunftskonferenz Nürnberg-Südstadt	13
Veranstaltungshinweise	14
Bestellschein	10
Impressum	10

Überlegungen zum Quartiermanagement

Das Quartier als Ort des sozialen Austauschs und der Teilhabe

Der Stadtteil, die lokale Umsetzungsebene für integrierte Handlungskonzepte zur Stadtteilentwicklung, ist für seine Bewohnerinnen und Bewohner „Bezugspunkt und Identifikationsgröße“ (Schwarz-Österreicher 1999: 2), „Ort des sozialen Austauschs und zur Teilhabe an den gesellschaftlichen Institutionen“ (Alisch 1998: 8).

In dieser „Lebenswelt“ werden Probleme wahrgenommen, Konflikte ausgetragen und Alltage bestritten. Ein wichtiger Bestandteil des Programms „Soziale Stadt“ ist daher die starke Einbeziehung der Quartiersbevölkerung: Diese soll sich an Konzeption und Umsetzung der Programmmaßnahmen und -projekte aktiv beteiligen.

Quartiermanagement – Aufgaben und Ziele

Generell ist Quartiermanagement ein strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau selbsttragender und nachhaltig wirksamer personeller und materieller Strukturen zur Entwicklung eines Wohnquartiers durch den gezielten Einsatz vorhandener kommunaler Ressourcen, der in eine gesamtstädtische Entwicklungspolitik integriert und bereichsübergreifend angelegt ist.

Aufgaben und Ziele eines Quartiermanagements hängen stark von den Ausgangsbedingungen, Problemen und Potenzialen im Stadtteil ab. Entsprechend unterschiedlich fallen die sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und ökologischen Akzente aus. Allgemein sollen durch die Einrichtung eines Quartiermanagements Strategien und Akteure der Quartiersentwicklung integriert und vernetzt, ökonomische und soziale Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpft sowie die Handlungsmöglichkeiten und

-kompetenzen der Bewohnerschaft gestärkt werden. Um integrative Handlungskonzepte umzusetzen, bedarf es verschiedener Kommunikations- und Koordinierungsgremien aller lokal wirksamen Akteure. In diesem Rahmen übernimmt das Quartiermanagement Aufgaben der Bewohneraktivierung, Stadtteilkoordination (z.B. Aufbau von Kooperationen auf gesamtstädtischer und Stadtteilebene), Projektinitiierung, Mittelakquisition, Öffentlichkeitsarbeit und Erfolgskontrolle/Berichterstattung. Es ist die „antreibende Kraft“ vor Ort.

Von zentraler Bedeutung ist die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem bisher schwer erreichbarer Gruppen. Das Quartiermanagement sollte für alle Interessierten räumlich und zeitlich gut erreichbar sein (Anlaufstelle „Stadtteilbüro“) und z.B. Beratung im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ anbieten. Es sollte über vielfältige Aktionen die örtliche Bevölkerung motivieren, eigene Ideen und Leistungen in die Quartierserneuerung einzubringen und Eigenverantwortung zu übernehmen.

Die Trägerschaft der so entstehenden Projekte und Maßnahmen muss nicht beim Quartiermanagement selbst liegen, doch sollte dieses in alle Prozesse so weit einbezogen sein, dass seine Kommunikations- und Koordinierungsfunktion sichergestellt ist.

Handlungsfelder von Quartiermanagement

Das Quartiermanagement agiert in einer vielfältigen Projektlandschaft, zu der folgende Handlungsfelder gehören können:

- soziale und ethnische Integration – Verbesserung des Zusammenlebens in der Nachbarschaft;
- Beschäftigung und Qualifizierung der Quartiersbevölkerung, Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, Unterstützung

von Existenzgründungen;

- ökonomische Revitalisierung, Förderung der lokalen Ökonomie;
- Sanierung und Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung – dabei Kopplung investiver Stadterneuerung mit nicht-investiven sozialen und beschäftigungswirksamen Maßnahmen;
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit;
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Integration von Schulen, Sport-, Jugend-, Alteneinrichtungen usw. in die Stadtteilarbeit, Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien;
- Erhöhung der Sicherheit im Quartier;
- Öffentlichkeitsarbeit, Imageentwicklung.

Quartiermanagement als intermediäre Instanz

Zu den lokal wirksamen Akteuren zählen neben einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie bereits organisierten Bewohnergruppen wie Nachbarschaftsnetzwerken, Stadtteilgruppen, Bürgergruppen und Interessengemeinschaften auch

- kulturelle, religiöse und sonstige Vereine (vor allem Sportvereine) und Netzwerke;
- Sanierungsbeiräte, Mieterbeiräte, Präventionsräte, Jugendräte;
- im Stadtteil tätige Träger, Kirchen und Schulen;
- lokale Gewerbetreibende, lokale Einzelhandelsverbände und -vereinigungen;
- Wohnungswirtschaft;
- Bezirksratsfraktionen;
- Lokale-Agenda-21-Gruppen usw.

Das Quartiermanagement bringt sie möglichst alle zusammen – etwa in Form von „Stadtteilkonferenzen“, „Runden Tischen“, „Quartiersforen“ oder ähnlichen Kooperationsformen auf Stadtteilebene (horizontale Vernetzung). Indem zielgruppenorientierte Akteure in das Gesamtkonzept integriert werden, wird ein ganzheitlicher, gebietsbezogener Ansatz geschaffen. Wichtig ist, dass an diesen Kooperationsrunden entscheidungsbefugte Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Akteursgruppen teilnehmen, um Handlungsfähigkeit zu

gewährleisten.

Das Quartiermanagement sollte darüber hinaus an Gremien zur Vernetzung der lokalen Ebene mit Verwaltungs- und gesamtstädtisch wirksamen Akteuren (beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen, der Handwerkskammer, der Arbeitsverwaltung, der Presse usw.) beteiligt sein, um Bedarfe der Quartiersebene „nach oben“ und „nach außen“ oder umgekehrt „Sachzwänge“ sowie unterschiedliche Interessen der Verwaltung und anderer nicht-lokaler Akteure in das Quartier hinein vermitteln zu können („Lenkungsgruppe“, „Steuerungsgremium“ zur vertikalen Vernetzung).

Damit wird das Quartiermanagement zu einer ebenenübergreifenden intermediären Instanz zwischen Bewohner-, Verwaltungs- und Wirtschaftsinteressen.

Struktur und Organisation des Quartiermanagements

Quartiermanagement sollte auf bereits vorhandenen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden. Seine hier vorgestellten Ziele und Aufgaben sind daher im Sinne von Grundstrukturen zu verstehen, die der Situation in den einzelnen Gebieten anzupassen sind. Quartiermanagement kann nicht als Instrument zur Lösung der vielschichtigen, komplexen Probleme eines Quartiers betrachtet werden. Es soll vielmehr Strukturen im Stadtteil schaffen, die ein hohes Maß an Beteiligung und Engagement der lokal wirksamen Akteure und damit Synergieeffekte ermöglichen (vgl. Kürpick 1999: 153).

Zusammenfassend müssen – auch auf der Verwaltungsebene – einige grundsätzliche Kriterien für die erfolgreiche Implementierung eines Quartiermanagements erfüllt werden:

- Es bedarf eines politischen Beschlusses zur Umsetzung eines integrierten Handlungskonzepts in dem Zielgebiet.
- Mittelfristig – für mindestens drei bis fünf Jahre – sollten die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen in Form von Planstellen garantiert sein.
- Innerhalb der Verwaltung ist über eine

federführende Stelle die bereichs- und ämterübergreifende Zusammenarbeit zu organisieren.

- Folgende Aktionsebenen sind einzubeziehen oder zu entwickeln:
 - federführende Schnittstelle in der Verwaltung mit Befugnissen zum Einsatz kommunaler Ressourcen in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen (Gebietsbeauftragte auf der Verwaltungsebene),
 - intermediäre Ebene zur Bündelung und Vermittlung von Bedarfen aus dem Wohngebiet, zur Mittelakquisition und zur Informationsvermittlung in das Quartier (Ebene des Quartiermanagements: vertikale Vernetzung),
 - lokale Umsetzungsebene in Form von Stadtteilbüros mit der Hauptaufgabe, die lokale Bevölkerung zu aktivieren (Ebene des Quartiermanagements: horizontale Vernetzung).

Qualifikationsanforderungen

Erfahrungsgemäß kommen als Quartiermanagerinnen oder -manager gleichermaßen Beschäftigte der Kommunalverwaltung wie auch externe Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmer der Kommune infrage. Die Qualifikationsanforderungen umfassen zuallererst ausgeprägte soziale Kompetenz und Verhandlungsgeschick sowie ein Grundverständnis wirtschaftlicher Handlungsweisen. Die mit dem Quartiermanagement betrauten Personen sollten mit dem Gebiet sowie mit der Sprache und der Kultur auch der nicht-deutschen Bewohnerschaft vertraut sein und – im Sinne von „Generalisten“ – die gesamte Bandbreite der Projektlandschaft zumindest fachlich einschätzen können. Nur so sind sie in der Lage, mit den jeweils verantwortlichen Trägern und Akteuren aus dem investiven und nicht-investiven Bereich kompetent zu kooperieren. Da die Zusammenführung und Koordination von Akteuren und Maßnahmen auf großem Vertrauen basieren, muss die personelle Besetzung eines Stadtteilbüros Kontinuität aufweisen.

Allerdings sollte sich das Quartiermanage-

ment – auf der Quartiersebene, nicht in der städtischen Organisation und Kompetenzzuordnung – als zeitlich befristete Einrichtung verstehen, die die Schaffung sich selbst tragender Strukturen im Stadtteil unterstützt oder aufbaut und nach etwa fünf bis zehn Jahren nicht mehr benötigt wird.

Thomas Franke und Rolf Peter Löhr (Difu) ■

Literatur

Abgeordnetenhaus von Berlin (1999), Bericht über die Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere. Aktionsprogramm „Urbane Integration“, 1. Stufe, und zur Sozialorientierten Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, Drucksache 13/4001, Berlin.

Alisch, M. (1998), Stadtteilmanagement. Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dies. (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen.

Grimm G./Hinte W./Löhr R.-P., Netzwerkknoten Quartiermanagement, unveröffentlichtes Papier für das Netzwerk „Kommunen der Zukunft“, Essen/Berlin 2000.

Kürpick, S. (1999), Stadtteilmanagement als Bestandteil gebietsbezogener Ansätze. Erfahrungen im Rahmen des nordrhein-westfälischen Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, in: vhw Informationsdienst 14.

Schwarz-Österreicher, U. (1999), Der Stadtteil als Bezugsgröße für einen neuen Umgang mit der Stadt – Stadtteilforen in Tübingen, in: Rundbrief Bürgerbeteiligung der Stiftung MITARBEIT II.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1998), Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin.

Duisburg-Marxloh auf dem Weg zu bürger-schaftlicher Initiative und Selbstorganisation

„Integrierte Stadtteilenerneuerung ist ein auf Dauer angelegter, gemeinwohlorientierter und demokratischer Prozess mit dem Ziel, die gesellschaftliche Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner eines bestimmten Stadtgebietes zu gewährleisten und dabei insbesondere die soziale und räumliche Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zu verhindern.“

Diese Definition von Matthias Sauter beschreibt einen Prozess, den ich seit langem im Duisburger Norden begleite, und zugleich ein Wunschziel, von dem wir noch weit entfernt sind. Sie wirft ungelöste Fragen auf:

- Wer sind alle Bewohner/innen?
- Wie erreiche ich sie?
- Welche überzeugenden Angebote zur Mitarbeit kann ich ihnen machen?
- Wer ist Träger des demokratischen Prozesses?
- Was bedeutet „integrierte Entwicklung“ für eine arbeitsteilige Verwaltung?
- Wie verhindert oder mildert man soziale oder räumliche Ausgrenzung?
- Wie wird die Integrationsleistung eines solchen Stadtteils von der Gesamtstadt honoriert?

Eine weitere interessante Frage stellt sich: Wie beginnt und stimuliert man einen solchen Prozess in einem Stadtteil,

- in dem mit 36 Prozent Wahlbeteiligung Politikverdrossenheit ausgedrückt wird,
- in dem Ausländer/innen als größtes Problem des Stadtteils betrachtet werden,
- in dem die „Republikaner“ über fünf Prozent der Wählerstimmen erhalten,

- der sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt fühlt und
- den deutsche und ausländische einkommensstärkere Familien verlassen, weil sie neben der Wohnsituation auch die sprachliche, schulische und soziale Umfeldsituation für ihre Kinder verbessern wollen?

Vom Erneuerungsprogramm der Stadtverwaltung ...

1994 begannen wir unter der Bezeichnung „stadtteilorientiertes Projektmanagement“ zunächst mit dem Aufbau eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekts im Rahmen des „Stadtteilprojekts Marxloh“.

Hierdurch sollten zum einen die öffentlichen Einrichtungen im Ortsteil zweckmäßig um- oder ausgebaut, erweitert oder verschönert, zum anderen zusätzliche Dienst- und Beratungsleistungen erbracht werden. In kürzester Zeit stieg die Zahl der im Projekt Beschäftigten auf nahezu 300. Zeitgleich wurde die Entwicklungsgesellschaft Marxloh mbH (EGM) gegründet, die sich im Rahmen des Gesamtprojekts zunächst der Handlungsfelder „klassische Stadterneuerung/Wohnumfeldverbesserung“ annahm.

Rückblickend war dieser Start nicht ideal. Das Erneuerungsprogramm für den Stadtteil war weitestgehend in der Stadtverwaltung erarbeitet worden. Die durchzuführenden Arbeiten wurden sachlich, zeitlich, personell und finanziell von den Projektmitarbeitern/innen geplant. Die Be-

wohner/innen waren, von Ausnahmen abgesehen, nicht daran beteiligt. Erst bei einem Stadtteilstfest wurde die Bewohnerschaft intensiv über Gründung und Aufgaben des neuen Projekts informiert und zur Mitgestaltung aufgerufen. Zwei Gründe waren für dieses Vorgehen maßgebend:

- Bisher waren Maßnahmen der Stadterneuerung immer von der Verwaltung geplant und vom Rat beschlossen worden.
- Die Projektleitung war vollauf mit dem Aufbau und der Steuerung des „Stadtteilprojekts Marxloh“ (heute zum Teil „EG-DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH“) beschäftigt.



Schwelgernpark

Foto: EG-DU

Dennoch ergaben sich in der praktischen Arbeit an vielen Orten, mit zahlreichen Beteiligten, in mehreren Arbeitsmarktprogrammen Kontakte, Bekanntschaften, Fragen zu Sinn und Zweck unserer Arbeit und zu Problemen der Gesprächspartner, damit auch neue Anregungen und innovative Formen der Zusammenarbeit. Das Projekt wurde Auftragnehmer und später auch Partner bei gemeinsamen Arbeiten.



„Farbiger Stadtteil Marxloh“: Fassadengestaltungen August-Bebel-Platz
Aufnahmen und Bildbearbeitung: Jean Lacasse, Duisburg

Mit Landesmitteln konnten darüber hinaus die Eigeninitiative und Selbstorganisation der lokalen Akteure gefördert werden. Auf dieser Basis wurden über 50 Projekte anteilig finanziert, die im Ortsteil erdacht, geplant und umgesetzt wurden. Knapp zusammengefasst: Durch kurzfristig zu erreichende praktische Arbeitsziele und offenen Umgang mit Informationen gelang es bei relativ geringen Finanzmitteln, viele Ortsteilakteure in die Projektarbeit einzubeziehen.

... zur Stadteilerneuerung „von unten“

In der Folge entwickelten sich in Marxloh einige bürgerschaftliche Initiativen, zum Teil in Partnerschaft mit dem Projekt, zum Teil auch unabhängig von diesem (wobei dessen Hilfe punktuell in Anspruch genommen wurde):

- die Nachbarschaft Lohstraße, die ihr Wohnumfeld selbstständig gestaltete und deren Wohnungen bedarfsgerecht und kostengünstig umgestaltet wurden;
- die Spielplatz- und Spielraumplanung sowie -gestaltung, die von Kindergärten, Schulen, Kindern, Eltern, städtischen Ämtern und dem projekteigenen Spielmobil initiiert und durchgeführt wurden;
- die Verschönerung der Fassaden mittels künstlerischer Mosaik durch den Stammtisch von Vereinen und die künstlerische Abteilung einer Kollegscheule;
- die Gründung einer Jugendtheatergruppe, die das Schauspiel „Antigone“ in deutscher, türkischer und griechischer Sprache mit Schülern und Studierenden aus Marxloh, Griechenland und der Türkei in deutschen, türkischen und griechischen Städten einprobt und aufführt. Dabei wurden Kulissen, Kostüme, Requisiten von Marxloher Schülern nach eigenen Entwürfen hergestellt.

Damit hatten wir uns allmählich dem Ziel des Landesprogramms NRW angenähert: „Die Erhaltung und Erneuerung benachteiligter Stadtteile soll ... Selbsterneuerung von unten sein. Die Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts ist auf die Mit-

wirkung derer anzulegen, die im Stadtteil wohnen und arbeiten.“

Vor einiger Zeit haben Marxloher Bürger/innen den „Runden Tisch“ gegründet. Hier diskutieren bis zu 120 Bewohner/innen mit Politikern/innen und Fachleuten Themen wie den Neubau der Kokelei bei Thyssen und dessen Auswirkungen auf Marxloh, den Umbau der Haupteinkaufsstraße oder die Schließung von Bädern. Vertreter des „Runden Tisches“ arbeiten mit im Stadteilausschuss, einem politischen Gremium für den Stadtteil, das sich aus Bezirksvertretern, Mitgliedern des Aufsichtsrates der EG-DU und Bewohnern/innen zusammensetzt. Hier werden wichtige Bürgeranliegen an die Politik weitergeleitet.

Zu den aktuellen Vorhaben gehört das Projekt „Schwelgern lebt“. Vor einiger Zeit arbeitete eine Gruppe Marxloher Bürger/innen ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung für den Schwelgerpark aus. Um den Park – eine der wenigen öffentlichen Grünflächen im Stadtteil, die aber von der Bewohnerschaft kaum genutzt, ja sogar gemieden wurde – zu beleben, schlägt sie unter anderem vor, den Kinderspielbereich umzugestalten, einen Minigolfplatz sowie einen kleinen Biergarten zu eröffnen und über einen bürgerschaftlichen Verein zu bewirtschaften, diese neuen Einrichtungen zu Treffpunkten für Marxloher deutscher und türkischer Herkunft auszubauen, das im Park gelegene, von Schließung bedrohte Freibad zu erhalten sowie die Sicherheit zu erhöhen – letzteres unter anderem durch ein Kampfhundeverbot und regelmäßige Kontrollgänge der Polizei und des Sonderordnungsdienstes.

Dem Verein „Freunde des Schwelgerparks“ ist es zu verdanken, dass in Absprache mit den zuständigen Stellen bereits erste Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls durchgeführt wurden. Für den Bau der Minigolfanlage konnte die Finanzierung gesichert werden. Die Mitglieder des Vereins sammeln Unterschriften gegen die Schließung des Schwelgerbads;



Spielplatzgestaltung

Foto: EG-DU



Antigone

Foto: EG-DU



Horaz

Foto: EG-DU



Türkischer Tanz bei einem Stadteiffest

Foto: EG-DU

die örtliche Politik hat sich bereits gegen die Schließung ausgesprochen, die Ratsentscheidung steht noch aus.

Die Beispiele zeigen, dass Bürger/innen sich engagieren, wenn

- ein Problem oder ein Vorhaben für sie wichtig ist und sie einen Nutzen in ihrem Engagement sehen. Dann sichern sie sich Verbündete und Mitstreitende;
- sie ihre Mitarbeit eigenverantwortlich planen und ausführen können;
- sie Hilfe bekommen, falls sie nicht weiterwissen. Dafür bedarf es einer örtlichen Kontaktstelle, die vertrauenswürdig und bürgerschaftlichen Aktivitäten gegenüber aufgeschlossen ist.

Aus dem letzten Beispiel ergibt sich aber auch, dass

- Politik und Verwaltung überzeugend darlegen müssen, dass bürgerschaftliche Initiative und Selbstorganisation erwünscht sind;
- bürgerschaftliches Engagement nicht nur zur Kostensenkung, sondern auch zur Verbesserung der örtlichen Situation beitragen kann;
- unterschiedliche Interessen zwischen Ortsteil und Gesamtstadt in akzeptabler und fairer Weise mit der Bürgerschaft geklärt werden müssen;
- Politik, Bürgerschaft und Verwaltung unterschiedliche Arbeitsweisen und Kenntnisse haben, die es notwendig machen, zwischen den Beteiligten zu vermitteln und voneinander zu lernen;
- in einem integrierten Handlungskonzept Ressort- und Fachbereichsgrenzen überwunden werden müssen und die Arbeit zu koordinieren ist.

Auf diesem Wege haben die Bewohner/innen und Akteure vor Ort schon eine gute Strecke gemeinsam mit uns zurückgelegt. Dabei hat sich auch unsere Arbeit gewandelt. Unsere Aufgabe ist es jetzt, die bürgerschaftlichen Initiativen und die zunehmende Selbstorganisation zu unterstützen, in Konflikten zu vermitteln und schwierige Arbeitsgespräche unter den Beteiligten zu moderieren, schließlich auch voneinander zu lernen und die Vorhaben mit Politik und Verwaltung zu einem guten Ende zu bringen.

Brigitte Grandt

EG-DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH ■

Stadtteilmanagement in Flensburg-Neustadt – ein Erfahrungsbericht

Stadtteilmanagement, Quartiermanagement, Stadtteilbüro, Stadtteilzentrum – wozu solle das gut sein? Brauche man das wirklich? „Was machen Sie da eigentlich?“ Immer wieder wurden diese und ähnliche Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch von Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Institutionen gestellt. Ebenso vielfältig wie die Fragen waren auch die Vorstellungen: Sie reichten von der Einrichtung eines Stadtteil-Rathauses bis zum multikulturellen Treffpunkt für jedermann und jede Frau. Antworten gab es natürlich auch: Das Stadtteilmanagement solle koordinieren, moderieren, informieren, initiieren, organisieren, partizipieren... Die Erwartungen sind schon sehr umfassend!

Der Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom März 2000 benennt im Abschnitt 3.1 das Stadtteilmanagement als Beteiligte im Zusammenhang mit der Bürgermitwirkung und dem Stadtteilleben. Großer Wert wird auf die Bürgerbeteiligung gelegt – als grundlegender Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung:

Ziele:

- Aktivierung örtlicher Potenziale, Hilfe zur Selbsthilfe,
- Entwicklung von Bürgerbewusstsein für den Stadtteil,
- Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze.

Typische Maßnahmen:

- Installation eines Stadtteilmanagements, das mit Priorität den Aufbau selbsttragender Bürgerorganisationen einleiten soll,
- Einrichtung eines Stadtteilbüros,
- Bildung von Stadtteilbeiräten,

- Bereitstellung von Bürgertreffs und anderen Räumen, die Gelegenheit zu Gemeinschaftsleben bieten,
- Ausstattung der Stadtteilbeiräte mit kleinen Verfügungsfonds, um sie in die Verantwortung für ihre Quartiere einzubinden,
- Unterstützung vieler Möglichkeiten, die Bürger durch Selbsthilfe an Maßnahmen der Stadtteilentwicklung zu beteiligen.“ (ARGEBAU 2000)

In Flensburg wurde Mitte Februar 2000 ein Stadtteilbüro eingerichtet. Die regelmäßigen Sprech- und Beratungsstunden umfassen Sanierungs-, Sozial-, Existenzgründer- und Jugendberatung verschiedener Organisationen wie z.B. Wirtschaftsakademie und Projektgemeinschaft „MOIN“ für arbeitslose Jugendliche. Ferner tagen dort das neu gegründete Mieterforum, kleinere Projektgruppen und mehrere Arbeitskreise. Auch die Stadtteilbeauftragte/-managerin ist zu festgelegten Zeiten im Büro anzutreffen, um – ja was macht sie eigentlich? Vielleicht illustrieren folgende Skizzen den Tagesablauf:

Dienstag, 14. März 2000

7.30 Uhr: Stadtteilbüro. Telefonate:

Projekt Ausländischer Arbeiterkinder, Leiter der Verkehrsbetriebe, Kulturprojekt, Stadtsanierung und türkischer Übersetzer. Protokoll des Arbeitskreises „Soziales und Kultur“ schreiben.

10.00 Uhr: Gespräch zum Projekt „Schutzengel“, einem neuen präventiven Kinder- und Elternprojekt.

11.30 Uhr: offizielle Bürostunden beendet.

Fahrt zu einer Schule, um die griechische Übersetzung der Einladung zum Sanierungstreff von einem Griechischlehrer abzuholen. Griechischer Übersetzer derzeit im Krankenhaus. Fahrt zum Supermarkt, Kauf eines kleinen Präsentes als Dank für die spontane Hilfe des Lehrers.

12.30 Uhr: Abgabe der Übersetzung im Rathaus (Stadtsanierung). Gespräch zum Thema Verfügungsfonds mit dem Leiter der Stadtsanierung.

14.00 Uhr: Mieterforum im Stadtteilbüro.

15.00 Uhr: Privater Vortrag.

17.00 Uhr: Stadtteilbüro. Übersetzung der Einladung zum Sanierungstreff mit türkischer Familie ins Türkische. Eine spontane Hilfe der auch deutsch sprechenden Töchter, da der türkische Übersetzer wegen eines Todesfalls in die Türkei abgereist war.

18.45 Uhr: Letzte Vorbereitung auf bevorstehenden Vortrag.

19.30 Uhr: Vortrag über soziale Stadterneuerung in Flensburg-Neustadt vor dem Frauenkreis der St. Petri-Gemeinde. Ende der Veranstaltung 21.40 Uhr.

Aber es gibt auch Tage (Montag und Freitag) ohne öffentliche Beratungszeiten seitens der Stadtteilbeauftragten:

Montag, 3. April 2000

7.30 Uhr: Routinefahrt durch das Sanierungsgebiet mit unterschiedlicher Streckenführung, um Veränderungen wie Gebäudesanierung, Betriebsschließung usw. möglichst schnell zu erfahren.

8.00 Uhr: Telephonate: Sozialpädagogisches Institut (SPI) Berlin, Projekt „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“, Lehrerin eines Gymnasiums, die das Thema soziale Stadterneuerung im Geographieunterricht behandeln möchte.

9.00 Uhr: Ortstemin mit dem Leiter der Stadtsanierung und dem Geschäftsführer des Deutschen Grenzvereins (Entwicklung bzw. Fortbestand einer Ausbildungsschule vor Ort).

10.00 Uhr: Stadtteilbüro. Gespräch mit zwei Betriebsinhabern und Eigentümern (Gestaltungsmöglichkeiten von Passagen zum Stadtteilzentrum, Parkraum, Betriebsentwicklungen).

12.30 Uhr: Gespräch bei der WiReg im Technologiezentrum (EU-Programme, Möglichkeiten der Förderung).

14.00 Uhr bis 17.00 Uhr: Stadtteilbüro. Vertretung in Sachen Sanierungsberatung (Kollege erkrankt). Informationsunterlagen über Sozialraumanalyse für einen Kollegen in der Schweiz zusammengestellt,

Protokoll „Arbeitskreis Gewerbe“, Bericht für die Stadtteilzeitung.

Donnerstag, 25. Mai 2000

9.00 Uhr: Rathaus (Stadtsanierung).

Arbeitsgruppe „Rahmenplan“.

11.30 Uhr: Ortstemin im Sanierungsgebiet mit Vertretern aus dem Tiefbau (Gestaltung eines Verbindungsweges).

14.00 Uhr: Stadtteilbüro. Telephonate: Gesundheitsamt, Leiter der Stadtsanierung, Ordnungsamt und Soziale Dienste zwecks Terminvereinbarung (Arbeitsgruppe „Wohnungsmängel“), ferner Terminvereinbarung mit Verwaltung Harslee und dem Herausgeber der Stadtteilzeitung, einem Schüler.

15.00 Uhr bis 19.00 Uhr: Stadtteilbüro. Ein Nachbarsjunge fragt nach neuen Stofftieren, die als Spende abgegeben wurden. Eine Einwohnerin möchte sich über die Genehmigung der Installation von Richtfunkanlagen informieren. Telephonat in dieser Angelegenheit mit dem Amt für Stadtsanierung und dem Bauordnungsamt. Rückruf bei der Einwohnerin.

16.00 Uhr: Gespräch mit einem Pastor. Thema: Ökumene mit Schwerpunkt Islam und Einbindung türkischer Mitbewohnerinnen und Mitbewohner in den Prozess der Stadterneuerung.

Ergänzend zu den Angaben in diesen Tagesprotokollen fielen folgende Tätigkeiten an:

- Organisation und Moderation von Arbeitsgruppen,
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Verwaltung,
- Koordinationsgespräche,
- Wahrnehmung von Ortsteminen,
- Tagungen und Vorträge,
- Öffentlichkeitsarbeit/Vernetzung/Einbindung in die „Neustadt“: Presstertmine, Empfang der Ministerin für Justiz, Frauen und Jugend, Fahrradtour des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs e.V. (ADFC), Besuch einer Studentengruppe, Benefizkonzert zugunsten des Projekts „Schutzengel“, Organisation von Sanierungstreffs, Kontakt mit dem Seniorenbeirat und dem Seniorennetzwerk,



Sanierungstreff

Foto: Luig-Art



Griechische Kindertanzgruppe beim
Seniorenachmittag

Foto: Luig-Art



„Positive Aktion“ – für das Projekt „Schutzengel“

Foto: Luig-Art

- Mitarbeit/Teilnahme/Koordination von Projekten: Turnier „Sport gegen Gewalt“, Sanierungsbeirat, Gründungsverammlung des Fördervereins „Schutzengel“, Kunstprojekt.

Die Tagesnotizen geben gewiss einen Einblick in den Arbeitsalltag des so genannten Stadtteilmanagements. Doch bleibt dieses nur ein Baustein. Das Stadtteilmanagement ist tatsächlich in der Aufgabenstellung sehr umfassend. Doch wie funktioniert es? Wo liegen die zentralen Koordinationspunkte, die Schnittstellen? Für das Sanierungsgebiet Flensburg-Neustadt lässt sich der Prozess aus meiner Sicht ungefähr so beschreiben:

Die Stadt Flensburg als Sanierungsträgerin unter Federführung der Stadtansanierung und das Stadtteilbüro als Ansprechpartner vor Ort sind über den Verlauf der Stadtteilerneuerung, der Maßnahmen und der Projekte in der Gesamtheit wie en detail informiert. Hervorzuheben ist, dass der gegenseitige Austausch von großer Bedeutung ist – nur so lässt sich effektiv arbeiten. Wichtig sind die Information über Konzepte, Maßnahmenvorschläge und geplante Projekte, die Akzeptanz des Stadtteilbüros sowie die Einbindung verschiedener Personen in spezifische Arbeitskreise. An dieser Stelle ist all jenen zu danken, die im Stadtteil, in der Verwaltung und überregional bereitwillig und „Neustadt-orientiert“ die Zusammenarbeit ermöglichen und fördern.

Zum Abschluss noch ein offenes Wort: Die Vielfalt der Tätigkeit einer Stadtteilbeauftragten/-managerin ist faszinierend – birgt sie doch Chancen und Risiken in sich. Die gewünschte Partizipation enthält auch eine Eigendynamik, und die Wechselwirkung der unterschiedlichen Kräfte, Zielsetzungen und Abhängigkeiten – beispielsweise von finanziellen Förderungen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und Genehmigungsverfahren – erfordert von allen Beteiligten ein hohes Maß an Konflikt- und Empathiefähigkeit wie auch an Kompromissbereitschaft. Von überragender Bedeutung sind Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit, Präsenz sowie Engagement und Zuversicht im Denken und Handeln. Der Schwerpunkt liegt jedoch in der gemeinsamen Entwicklung einer sozialen Stadt-

erneuerung und in der konstruktiven Zusammenarbeit möglichst vieler Beteiligter – nicht nur auf der Stadtteilebene. Um ein Zitat zu bemühen: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

*Helene L. Luig-Art
Stadtteilbeauftragte, Flensburg-Neustadt* ■

Literatur

ARGEBAU: Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Zweite Fassung, 1. März 2000.

Stadtteilmanagement im Rahmen des Projekts „Integrierte Stadtteilentwicklung im ‚Leipziger Osten‘“

Im Leipziger Osten konzentrieren sich soziale, räumliche und bauliche Problemlagen. Sie führen zu einem erheblichen Entwicklungsrückstand gegenüber der Gesamtstadt und zu benachteiligenden Rahmenbedingungen für eine Entwicklung, die auf den eigenen Potenzialen aufbaut. Problematische Bedingungen sind – trotz umfangreicher Investitionen in Bestand und Infrastruktur – in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur, Wohnumfeld und Wirtschaftsstruktur festzustellen. Dabei sind bereits deutliche negative Einflüsse auf Quartiere zu verzeichnen, die sich eigentlich schon auf dem Wege zur Konsolidierung befanden. Wie notwendig eine die Stadtteile integrierende Betrachtungsweise ist, wird hier besonders deutlich.

Die Stadt Leipzig hat zur Bewältigung dieser Situation sowohl im Bau- und Planungs- als auch im sozialen Bereich umfassende Programme entwickelt und ar-

beitet – als Grundlage einer sozialen Stadtentwicklung – intensiv an deren Vernetzung. Sie zielt dabei auf eine sozial-räumlich orientierte, aktiv gestaltende Stadtpolitik, die sich vorrangig mit zwei Handlungslinien beschreiben lässt:

- Entwicklung und verstärkte Zusammenarbeit aller Ressorts im Rahmen einer „sozialen Kommunalpolitik“ sowie Bündelung der Ansätze „vor Ort“, in den Stadtteilen;
- Entwicklung lebendiger Stadtviertel durch Aktivierung lokaler Akteure auf der Grundlage einer problem- und ressourcenorientierten Stadtteilentwicklung.

Projektansätze im „Leipziger Osten“

Im „Leipziger Osten“ bestanden als Potenziale zahlreiche Handlungsansätze, Projekte und Projektideen unterschiedlichster Akteure. Durch ihre Zusammenführung,

Weiterentwicklung und punktuelle Unterstützung im Rahmen eines Gesamtprojekts „Integrierte Stadtteilentwicklung“ ließe sich – so durfte angenommen werden – für den Stadtteil ein „Mehrwert“ erzielen. Im Vorgriff wurden durch die Stadtverwaltung sieben Projektansätze benannt, die als Kernprojekte auf wesentliche Defizite des Stadtteils reagieren, relativ kurzfristig umgesetzt werden und sich sinnvoll ergänzen und gegenseitig stärken sollen. Vorgesehen ist, in der ersten Umsetzungsphase des Gesamtprojekts einerseits eine breite Diskussion über Ziele und Strategien für den Stadtteil in Gang zu bringen, andererseits aber auch schon erlebbare Realisierungsschritte einzuleiten. Im Lauf des Projekts werden sich Schwerpunkte dann entlang der Ziel- und Strategiediskussion möglicherweise verändern.

Es ist im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem

Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ein grundsätzliches Ziel der Stadt Leipzig, den derzeit vorhandenen Schwerpunkt von der Verwaltung initiiert Projekte auf solche Maßnahmen zu verlagern, die in Eigeninitiative aus der Bevölkerung entstanden sind. Die erfolgreiche Umsetzung der derzeitigen Kernprojekte soll hierzu beispielhaft Anregungen geben und für neue Projekte werben.

Kernprojekte

Aus den Handlungssätzen der Stadtverwaltung und anderer Akteure im „Leipziger Osten“ ergeben sich folgende Kernprojekte, die im Zusammenspiel einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der genannten Ziele zu leisten versprechen:

- „Zentrenentwicklung Eisenbahnstraße“,
- „Gemeinwesenorientierte Projekte“,
- „Aufwertung Freifläche Rabet“, Grünvernetzung,
- „Quartiersgenossenschaft“,
- „Lokale Beschäftigungsentwicklung“,
- „Neue Methoden präventiver Sozialberatung“,
- „Quartiersmanagement Volkmarsdorf“,
- Errichtung des Jugendkulturzentrums OSKAR.

Organisationsstruktur für eine integrierte Stadtteilentwicklung

Forum „Leipziger Osten“

Um Entwicklungsziele zu diskutieren, Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu erarbeiten sowie zur intensiven Kommunikation zwischen den (dazu bereiten) lokalen Akteuren wird ein Gremium vorbereitet, dessen Mitglieder vierteljährlich zusammenkommen. Das Forum „Leipziger Osten“ soll die Funktion eines Stadtteilparlaments (ohne Entscheidungsmandat, aber mit „Empfehlungs-

kompetenz“) übernehmen, das als „Netzknoten“ die Entwicklung des Stadtteils voranbringt.

In einer Konzeptwerkstatt im Stadtteil wurden als Hauptaufgaben des Forums erarbeitet:

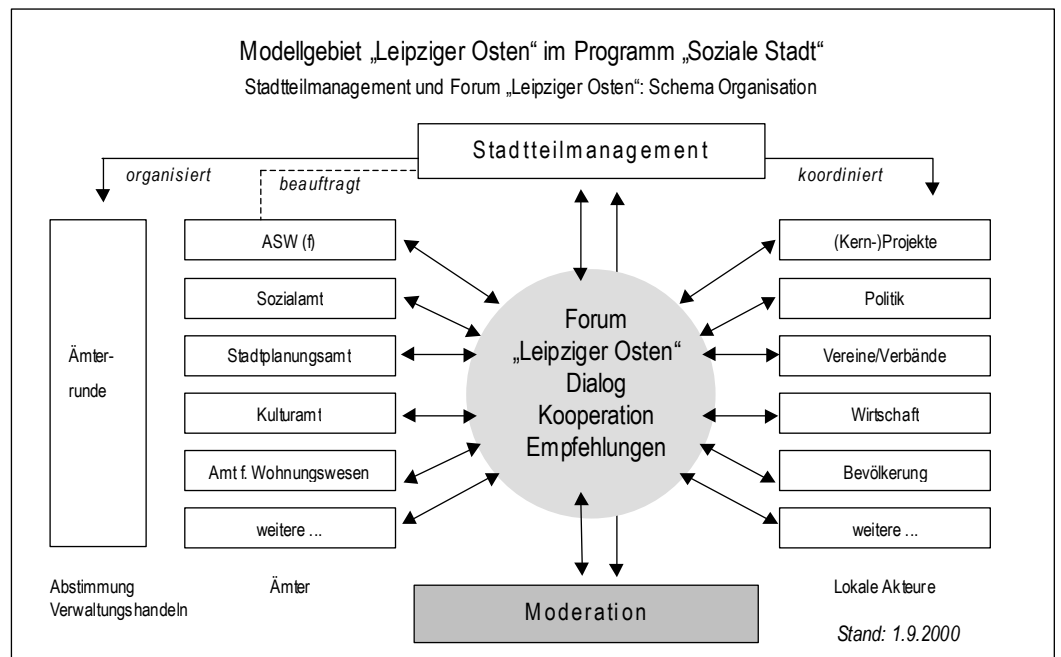
- Kommunikation: das Forum ermöglicht die Etablierung eines dauerhaften, offenen Kommunikationsprozesses zwischen den lokalen Akteuren im Stadtteil.
- Information: zum einen informieren sich die beteiligten Akteure innerhalb des Forums gegenseitig über Entwicklungen und Aktivitäten im Stadtteil, zum anderen findet Öffentlichkeitsarbeit zu Projekten und Themen nach außen statt. Zusätzlich sollen – wo nötig – Experten zur Integration externen Sachverständigen einbezogen werden können.
- Koordination: in der Arbeit des Forums ist insbesondere die Koordination verschiedener Aktivitäten und lokaler Akteure im Stadtteil bedeutsam. Zur Steigerung von deren Durchsetzungskraft und Wirksamkeit sollen in diesem Gremium Ziele und Handlungsschwerpunkte sowie Prioritäten und Zeitrahmen etwa für die Kernprojekte geplant werden.
- Konzeption: aus dem Forum heraus sollen Ideen entwickelt werden, die auf der Basis gemeinsamer Problemkennt-

nis und -bewertung Entwicklungsperspektiven und Zielvorstellungen in einem Handlungskonzept benennen.

Das Forum spricht Empfehlungen oder ein Votum aus und bezieht beratend Position, kann aber grundsätzlich keine Entscheidungen treffen. Eine Konkurrenz zu den gewählten Gremien kann und soll nicht installiert werden. Es wird geprüft, ob dem Forum ein Budget zur Umsetzung eigener Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden kann. Von dem dabei angestoßenen Diskussionsprozess wird eine stärkere Herausbildung einer spezifischen Stadtteilidentität erwartet. Im Forum werden die genannten Kernprojekte besprochen und über den Stand ihrer Umsetzung berichtet. Die Projekte stehen dabei in einer gewissen – öffentlich ausgetragenen und als förderlich erachteten – Konkurrenz zueinander. Zwischen den Sitzungen des Forums werden zusätzlich themenbezogene Arbeitsgruppen aus Forumsteilnehmern stattfinden, die durch Bürgermoderatoren geleitet werden.

Das Stadtteilmanagement

Um die Rahmenaktivitäten zu organisieren sowie sämtliche Aktivitäten verwaltungsintern zu koordinieren und zu bündeln, wurde im Auftrag und unter Beteiligung des Amtes für Stadtsanierung und Woh-



nungsbauförderung (ASW) das Stadtteilmanagement gegründet. Hier findet eine „Geschäftsführung“ der Programmumsetzung im Modellgebiet „Leipziger Osten“ statt. Zu den Aufgaben gehören:

- Querbezüge zwischen den genannten und anderen Projekten herstellen;
- im Kontakt mit der Bevölkerung des Stadtteils Handlungsbedarfe aufdecken;
- eine möglichst breite Öffentlichkeit zur Mitwirkung am Prozess der Stadtteilentwicklung animieren.

Das Stadtteilmanagement hat zudem die Aufgabe, die Sitzungen des Forums „Leipziger Osten“ (siehe oben) vorzubereiten, durchzuführen, zu dokumentieren und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zu vermitteln. Bei der Öffentlichkeitsarbeit werden bestehende Kooperationen mit der lokalen Presse genutzt und neue Publikationsformen entwickelt.

Die Abstimmung der Aktivitäten der unterschiedlichen Ämter im Rahmen des Projekts „Integrierte Stadtteilentwicklung im Leipziger Osten“ erfolgt durch die Arbeitsgruppe „Soziale Stadtentwicklung“, in der

Vertreter des Dezernats Umwelt, Ordnung, Wohnen, des Dezernats Jugend, Schule und Sport, des Dezernats Soziales und Gesundheit, des Dezernats Planung und Bau, des Dezernats Kultur sowie des Dezernats Wirtschaft vertreten sind. Die Arbeitsgruppe wird durch das Stadtteilmanagement organisiert und berichtet regelmäßig der Dienstberatung des Oberbürgermeisters. In den Sitzungen wird über die Arbeitsstände der Kernprojekte informiert, Korrekturen beraten und Arbeitsabläufe zwischen den Teilnehmern koordiniert. Schwerpunktbezogene Beratungen klären intensiveren Abstimmungsbedarf. Durch die Initiierung der Kernprojekte und deren Arbeitsbeginn wurde eine erhebliche Anzahl von Aktivitäten insbesondere im Sozialbereich ausgelöst, die durch das Stadtteilmanagement koordiniert werden, um durch eine Kooperation bessere Ergebnisse für den Stadtteil zu gewährleisten.

*Andreas Kaufmann,
Petra Hochtritt, Stadt Leipzig, Amt für Stadtsanierung
und Wohnungsbauförderung in Zusammenarbeit mit
der Arbeitsgruppe Soziale Stadtentwicklung – Stadtteilmanagement „Leipziger Osten“.* ■

i · m · p · r · e · s · s · u · m

Soziale Stadt info

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)
Klaus-Dieter Beißwenger
Christa Böhme

Layout und Satz:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt info
Telefon: 030 / 390 01-282
Telefax: 030 / 390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: <http://www.sozialestadt.de>

Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt info wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier vervielfältigt.



Ja, ich möchte Soziale Stadt info
künftig erhalten (Bezug kostenlos)

Vorname und Name:

Dienststelle/Institution:

Adresse:

Telefon: / Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift/Stempel:

Bitte weiterleiten an: Deutsches Institut für Urbanistik · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin
Telefax: 030 / 390 01-128



**Quartiersmanagement* – Was ist das?
oder:
Mein Leben als Stadtteilmoderator in
Leipzig-Volkmarsdorf**

November 1999:

Das Büro wirkt trist mit den kahlen Wänden. Die Leute beobachten uns, wie wir die Regale reintragen. „Nein, das sind keine Leitern.“ Die Kinder sehen durchs offene Fenster, dann kommen sie rein und wollen helfen. Doch eigentlich muss ich erst einmal ankommen, weiß nicht, in welche Ecke nun mein Schreibtisch soll. Und überhaupt: Was will ich eigentlich hier?

Eine der ersten Aktionen war, Blumenkübel für den Einzelhandel bereitzustellen. Diese habe ich im Straßenraum selbst mit aufgestellt.

Ich bin also derjenige, der alles regelt und viel bewegt. Dazu müssen Projekte angeschoben und gegebenenfalls auch bis zur letzten Konsequenz durchgeboxt werden. In dieser Hinsicht bin ich eher der „Macher“, also ganz aktiv tätig.

Ich will aber auch möglichst viele Menschen aus dem Stadtteil (Anwohnerinnen und Anwohner, Beschäftigte, Initiativen usw.) in die Arbeit einbeziehen. Dabei ist es wichtig, prinzipiell offen zu sein für deren Themen, Bedürfnisse, Ideen. Das heißt, dass ich hier eher passiv, also unterstützend, fördernd und ermöglichend tätig bin (und nicht als „Macher“). Dies äußert sich beispielsweise in Form von Stammtischen, vielen Einzelgesprächen oder auch Straßenbefragungen der Anwohnerinnen und Anwohner. Wir haben uns vorgenommen, gleich von Anfang an ein breites Themenspektrum zu bearbeiten, um möglichst viele Menschen anzusprechen. Wir hoffen so, eine Art „Aufbruchstimmung“ zu erzeugen und viele zur Mitarbeit anzuregen.

Diese beiden Ausrichtungen der Tätigkeiten in eine Balance zu bringen, halte ich für wichtig: Einerseits können durch (schnell verwirklichte) Aktivitäten Signale gesetzt und damit die eigentlich Betroffenen „wachgerüttelt“ werden. Andererseits müssen diese darin unterstützt werden, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Juli 2000:

Ich fühle mich überfordert. In Gesprächen sind heute spontan viele Themen neu dazugekommen, die als kleine Projekte weiterverfolgt werden wollen. Was ich mir für heute eigentlich vorgenommen hatte, habe ich dadurch nicht geschafft. Es stehen neue Aufgaben an, und vieles ist liegengeblieben. So ist auch die Vorbereitung für den Stammtisch heute Abend noch nicht ganz fertig: Die ersten Gäste kommen schon, während ich noch damit beschäftigt bin, Plakate zu schreiben und Pinnwände zu rechtzurücken.

Wir verteilen die Aufgaben beim „Quartiersmanagement Volkmarsdorf“ bewusst auf mehrere Schultern. Das heißt, dass ich hauptsächlich die Kontaktfunktion wahrnehme und eine Reihe von Projekten betreue. Daneben kümmern sich meine Kolleginnen und Kollegen parallel um weitere Projekte in anderen Bereichen, z.B. Jugendarbeit/Jugendbeteiligung und Nachnutzung/Umgestaltung von Ruinen und Brachflächen.

Dieses Vorgehen ist sinnvoll, weil sich dabei jede und jeder mit den eigenen Fähigkeiten einbringen kann; schwierig ist manchmal, die *Zusammen*-Arbeit und den Informationsabgleich untereinander zu organisieren. Wenn dies gelingt, hat das Team-Management in meinen Augen deutliche Vorteile gegenüber dem Einzelkämpfer, bei dem *alle* Fäden zusammenlaufen. „Die Genies der Zukunft sind gut arbeitende Teams“, habe ich mal gehört.

Januar 2000:

Ich habe mit vielen Leuten geredet, viel zugehört und viel rübergebracht. Ich habe Neues angestoßen und anderes am Laufen gehalten. Ich habe viele Termine ausgemacht. Es ist (noch) nichts abgeschlossen und kein vorzeigbares Ergebnis erreicht. – „Und es bewegt sich doch!“, wenn ich weiter dran bleibe.

Dies erfordert eine große Portion Arbeitsorganisation, Zeit- und Themenmanagement. (So habe ich in Volkmarsdorf nur einmal in der Woche Sprechzeit, damit ich für weitere Termine variabel bin.) Diese „inneren“ Managementaktivitäten halte ich für mindestens ebenso wichtig wie das „äußere“ Management für den Stadtteil, bei dem Akteure vernetzt, Potenziale gebündelt und Entwicklungen gemeinsam vorangebracht werden sollen.

Leipzig, im August 2000

Matthias Schirmer, Stadtteilmoderator in Leipzig-Volkmarsdorf

* In Volkmarsdorf heißt die entsprechende Einrichtung „Quartiersmanagement“

Programmbegleitung vor Ort in den Modellgebieten

Übersicht

In allen 16 Modellgebieten wurde inzwischen eine „Programmbegleitung vor Ort“ (PvO) eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehört, alle Aspekte der Entwicklung, Organisation und Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts zum Programm „Soziale Stadt“ begleitend zu dokumentieren, im Modellgebiet aktivierend zu wirken und die Akteure vor Ort durch Beratung, Vermittlung von Erfahrungsaustausch und „Technische Hilfe“ (finanzielle Förderung von kleinen Projekten, Gutachten, Aktionen, Events, Öffentlichkeitsarbeit usw.) zu unterstützen.

Folgende Personen, Arbeitsgruppen, Büros und Institutionen wurden in den Modellgebieten mit der PvO beauftragt:

Berlin-Kreuzberg – Neues Kreuzberger Zentrum/Wassertorplatz;
PvO: Ingeborg Beer, Stadtforschung + Sozialplanung, Berlin; Reinfried Musch, Unternehmensberatung, Berlin

Bremen-Gröpelingen – Ohlenhof/Gröpelingen/Lindenhof;
PvO: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin (Ulrike Meyer, Thomas Franke)

Cottbus – Sachsendorf-Madlow;
PvO: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin (Werner Rietdorf, Thomas Knorr-Siedow, Heike Liebmann, Kerstin Jahnke)

Flensburg – Neustadt;
PvO: plankontor. Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH, Hamburg (Matthias Frinken, Helga Rake)

Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord; **PvO:** Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung (AGB) der Universität Dortmund (Marcelo Ruiz, Matthias Sauter), Institut für Landes- und Stadtentwick-

lungsforschung (ILS), Dortmund (Klaus Austermann, Ralf Zimmer-Hegmann), FB Landschaftsarchitektur und Umweltplanung, Universität Gesamthochschule Paderborn (Rainer Staubach)

Halle (Saale) – Silberhöhe;
PvO: Empirica, Bonn/Berlin (Stefan Geiss, Marie-Therese Krings-Heckemeier)

Hamburg-Altona – Lurup (Lüdersring/Lüttkamp, Flüsseviertel);
PvO: Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie (Heike Herrmann, Ingrid Breckner, Dieter Läßle, Toralf Gonzalez, Gerd Walter)

Hannover – Vahrenheide-Ost;
PvO: Arbeitsgruppe für interdisziplinäre Sozialstrukturforschung der Universität Hannover (agis) (Thomas Schwarzer, Esther Bartnick, Claudia Heinzemann)

Kassel – Nordstadt;
PvO: Arbeitsgruppe Dialogische Planung der Universität Gesamthochschule Kassel (Christine Mussel), FEH Hessen (Peter Kreis)

Leinefelde – Südstadt;
PvO: Weeber + Partner, Stuttgart (Rotraut Weeber, Heike Gerth, Gabriele Steffen, Martina Buhtz)

Leipzig – Leipziger Osten;
PvO: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin (Thomas Franke, Christa Böhme)

Ludwigshafen – Westend;
PvO: isoplan. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Saarbrücken (Manfred Werth, Delia Schröder, Karsten Schreiber, Ekkehard Schmidt)

Neunkirchen – Östliche Innenstadt/Oberer Markt;
PvO: Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung (FIRU), Kaiserslautern (Andreas Jacob, Sabine Herz, Martina Pauly, Gerhard Steinebach)

Nürnberg – Südstadt-Galgenhof/Steinbühl;
PvO: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin (Wolf-Christian Strauss, Cathy Cramer)

Schwerin – Neu Zippendorf;
PvO: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin (Cathy Cramer, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje)

Singen – Langenrain;
PvO: Empirica, Bonn/Berlin (Marie-Therese Krings-Heckemeier, Stefan Geiss)

(Stand: 8. September 2000)

k · u · r · z · m · e · l · d · u · n · g

Quartiermanagement bei „Kommunen der Zukunft“

Im Rahmen des Netzwerks „Kommunen der Zukunft“, das die Bertelsmann-Stiftung, die Hans Böckler Stiftung und die KGSt gemeinsam tragen, ist ein neuer Netzwerkknoten zum Themenfeld Quartiermanagement eingerichtet worden. An diesem „Knoten 9“ beteiligen sich die Gemeinde Belm, die Städte Halle/Saale, Hamburg, Hannover, Leipzig, Offenbach, Wiesbaden, Wolfsburg, eventuell noch Detmold und Kassel. Die Fachberatung dieses Netzwerkknotens haben das Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung an der Universität Essen (Gaby Grimm, Wolfgang Hinte) und das Deutsche Institut für Urbanistik (Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr) übernommen. Nähere Informationen: Stephanie Vogel, KGSt consult GmbH, Tel.: 0221/93 46 25-31, E-Mail: stephanie.vogel@kgst.de.

„Die Kraft des Südens“ – Zukunftskonferenz Nürnberg-Südstadt

Ziel-2-Förderung: Im Rahmen der *Agenda 2000* hat der Europäische Rat im Frühjahr 1999 die Förderziele und den Einsatz der so genannten *EU-Strukturfonds* für den Zeitraum 2000 bis 2006 neu bestimmt und drei wesentliche Ziele für den Einsatz der Förderung festgelegt. Unter „Ziel-2“ (namensgebend für die Förderung) wird genannt: „Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit strukturellen Schwierigkeiten“. Die gewährten Mittel kommen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Deutschland erhält zur Verfolgung des EU-Ziel-2 von 2000 bis 2006 insgesamt rund drei Milliarden Euro, von denen etwa 275,9 Millionen Euro auf das Land Bayern entfallen. Für Nürnberg ist mit einer Fördersumme von rund 50 Millionen DM für die Programmlaufzeit zu rechnen.

Zukunftskonferenz: Die Methode der Zukunftskonferenz stammt aus den USA und wurde in Deutschland bereits von zahlreichen Unternehmen und kleineren Städten angewandt. Nürnberg war jedoch die erste deutsche Großstadt, in der diese Form der Großgruppenveranstaltung durchgeführt wurde. Mit der Zukunftskonferenz wird versucht, „das ganze System“, also ein Abbild der gesamten Bevölkerung und der Akteure, in einem Raum zusammenzubringen. In Gruppen von etwa acht bis zehn Personen werden nach Anleitung neutraler Moderatoren gemeinsam geteilte Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Die Zusammensetzung erfolgt nach dem Prinzip der Interessenvertretung. Im Vorfeld werden Themengebiete oder bestimmte Blickwinkel zusammengetragen, denen sich die einzelnen Beteiligten zuordnen. Im Lauf der Veranstaltung werden die einzelnen Gruppen neu gemischt. Dadurch arbeiten dann Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit unterschiedlichen Interessen zusammen. Am Ende der Konferenz werden die Beteiligten konkret gefragt, mit welchen Zielen oder Maßnahmen sie sich so sehr identifizieren, dass sie die Verantwortung für deren weitere Bearbeitung übernehmen würden.

„Ich war überrascht, dass 200 Leute über zwei Tage so intensiv miteinander arbeiten können“, so die fast einhellige Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftskonferenz Nürnberg-Südstadt am 30. Juni und 1. Juli 2000 unter dem Motto „Die Kraft des Südens“.

Die Nürnberger Südstadt ist ein traditionell stark von großen Industrie- und Gewerbebetrieben geprägtes Gebiet, das innenstadtnah direkt südlich des Hauptbahnhofs beginnt und sich bis in die Stadtrandbereiche erstreckt. Es unterliegt in den letzten Jahren einem tiefgreifenden Strukturwandel und massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Im *EU-Ziel-2-Fördergebiet* Nürnberg-Südstadt leben rund 60 000 Menschen, weitere 9 000 im so genannten Korridor, der das Nürnberger *Ziel-2-Fördergebiet* nach Westen mit dem *Ziel-2-Fördergebiet* der Stadt Fürth verbindet.

Das Bayerische Modellgebiet im Programm „Soziale Stadt“ Nürnberg-Galgenhof/Steinbühl liegt innerhalb des *Ziel-2-Fördergebiets* an dessen nördlichem Rand. Im Modellgebiet leben rund 11 000 Menschen. Durch die Überschneidung können hier zusätzlich zu den Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* auch solche aus *EU-Ziel-2* eingesetzt und gebündelt werden.

„Die Nürnberger Südstadt braucht einen *Südstadtschub*. Mit den Programmen *EU-Ziel-2* und *Soziale Stadt*, ergänzt um weitere, gebündelt eingesetzte Förderprogramme, sind gute Chancen gegeben, die Südstadt spürbar und nachhaltig zu stärken“, so Olaf Klumpp-Leonhardt vom Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg. Um diesen *Südstadtschub* anzustoßen, beschloss die Stadt, neue Wege bei der Bürgerbeteiligung zu gehen. Im Rahmen einer von mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchten Auftaktveranstaltung im Mai 2000 wurden die EU-

Förderung sowie achtzehn potenzielle Projekte der Stadtverwaltung vorgestellt und heftig diskutiert. Um diese Projekte zu vertiefen und zu bewerten sowie zur Entwicklung weiterer Projektideen wurde die *Zukunftskonferenz* durchgeführt.

Um einen repräsentativen Querschnitt der Südstadtbevölkerung in die Zukunftskonferenz einzubinden, wurden direkt und über die Presse die unterschiedlichsten Bewohner- und Akteursgruppen wie Vereine, Kirchen, Schulen, Organisationen und Unternehmen angesprochen. Die Resonanz war groß. Bereits zu den vier mehrstündigen Vorbereitungstreffen für die Zukunftskonferenz kamen jeweils mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Am Tag der eigentlichen Zukunftskonferenz in der riesigen Kantine eines DB-Ausbesserungswerks wurden die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 20 Gruppen eingeteilt – nach von ihnen selbst gesetzten Prioritäten. Diese Gruppen hatten zunächst die Aufgabe, die „Juwelen der Südstadt“ – sprich deren erhaltenswerte und ausbaufähige Potenziale – zu entdecken. Aus der entstandenen Sammlung sollten prioritär ausbaufähige „Juwelen“ ausgewählt und mit Inhalten gefüllt werden. Während des Prozesses wurden die Ergebnisse der anderen Gruppen „erwandert“, und es fand ein reger Austausch statt. Im Anschluss daran wurde in den Gruppen überlegt, welche derzeitigen allgemeinen Entwicklungen Chancen für die Südstadt bieten könnten. Die Ergebnisse wurden in einem (raum-)großen *Mind Map* veranschaulicht.

Am zweiten Tag wurde in den Gruppen die persönliche Sichtweise einer Traumreise in das Jahr 2015 textlich und visuell (Collagen) umgesetzt. Die Gemeinsamkeiten der entstandenen Visionen wurden zusammengetragen und durch die Anwesenden bewertet. Mutige waren nun auf-

gerufen, eine Projektidee vor den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorzustellen und um Mitarbeit zu werben. Einundzwanzig konkrete Projektideen und -gruppen fanden sich so zusammen.

Den entstandenen Projektgruppen wurden im Rahmen einer Nachkonferenz so genannte Paten der Stadt Nürnberg an die Seite gestellt. Jedes Projekt hat damit aus einem fachlich kompetenten Bereich einen städtischen Ansprechpartner, der mit Rat und Tat unterstützt. Im Herbst 2000, so die Planung, werden auf einer Nachfolgekonferenz der Stand der Projekte vorgestellt und deren förderrechtliche Tragfähigkeit bewertet. Die Ergebnisse sollen dann in die Entscheidungsfindung im Stadtrat einfließen.

Schon bei Beginn des Projekts war vorgesehen, wenigstens einmal jährlich eine solche Zukunftskonferenz zu veranstalten. Der große Erfolg der Veranstaltung bestätigt dies. Die Teilnehmenden zeichneten sich an beiden Veranstaltungstagen durch

einen immensen Einsatz aus; viele neue Kontakte wurden geknüpft. Deutlich wurde, dass etliche der Akteure und Projekte in der Südstadt bis dahin nichts oder nur wenig voneinander gewusst hatten. Ein Wermutstropfen blieb allerdings: die geringe Beteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Günter Strobl, ein Bewohner der Südstadt, fasste seine Eindrücke so zusammen: „Es war eine unheimliche Bereicherung, dass auch andere Menschen mit Engagement tätig sind – jeder auf seine Art. Meine Erwartungen wurden übertroffen.“

Wolf-Christian Strauss (Difu)

Weitere Informationen unter:

www.suedstadt.nuernberg.de
www.all-in-one-spirit.de
Ansprechpartner: Stadt Nürnberg
Wirtschaftsreferat
Stab Regionale Kooperation
und Projekte, Hefnersplatz 10,
90402 Nürnberg
Olaf Klumpp-Leonhardt, Werner Wotruba, Tel.: 0911/20 55 58-11, Fax: -18, E-Mail: inf@suedstadt.nuernberg.de



Fotos: Wolf-Christian Strauss



v · e · r · a · n · s · t · a · l · t · u · n · g · s · h · i · n · w · e · i · s · e

29.9. bis 1.10.2000, Hannover
Fachtagung „Jugendfarmen und Aktivspielplätze – soziale Lebensräume in der Stadt“

Vor dem Hintergrund enger werdender finanzieller Spielräume sollen sowohl die Wirksamkeit pädagogischer Konzepte in der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert, als auch die Synergieeffekte beleuchtet werden, die entstehen, wenn alle Bereiche einer nachhaltigen Stadtentwicklung in die Arbeit von Jugendfarmen und Aktivspielplätzen einbezogen werden.

Veranstalter: Stadt Hannover.

Inhaltliche Verantwortung: Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V.

Ort: Soziales und Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg, Thie 6, 30539 Hannover, und Stadtteilbauernhof Sahlkamp.

Anmeldung: Tagungsbüro, Tel.: 0511/168-41068, Fax: -45073, E-Mail:

Wolfgang.Prauser.41@Hannover-Stadt.de).

2.10.2000, Hannover
Fachtagung „Vier Wände sind nicht alles – Serviceleistungen im Qualitätsmanagement in Wohnquartieren“

Im Rahmen des Qualitätsmanagements für Wohnquartiere und soziale Brennpunkte werden Serviceleistungen verstärkt nachgefragt und diskutiert. Das Projekt „Habitat – Internationales Wohnen am Kronsberg“ hat Erfahrungen mit Serviceangeboten des Vermieters gemacht, die vom Waschsalon und Fitnessraum über Gemeinschafts- und Gebetsräume, Mietermitverwaltung bis zu Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten, Carsharing und eigentumslosem Konsum von selten gebrauchten Gütern gehen. Von derartigen Praxisbeispielen ausgehend, wird die Tagung Fachleute aus dem kommunalen und wohnwirtschaftlichen Dienstleistungssektor zusammenführen.

Veranstalter: Stadt Hannover.

Inhaltliche Verantwortung: Landesverband Freier Wohnungsunternehmen Niedersachsen/Bremen.

Ort: Soziales und Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg, Thie 6, 30539 Hannover.

Anmeldung: Tagungsbüro, Tel.: 0511/168-41068, Fax: -45073,

E-Mail:

Wolfgang.Prauser.41@Hannover-Stadt.de).

Kosten: DM 150,-.

6.10.2000, Leipzig

Auftaktveranstaltung

„Leipziger Osten: Jetzt geht's los“

Zum Auftakt des Programms „Soziale Stadt“ im Leipziger Osten stellen die Stadt Leipzig und das Deutsche Institut für Urbanistik als Programmbegleiter vor Ort das Programm selbst, seine Ziele und Möglichkeiten sowie die Ansprechpartnerinnen und -partner vor. Anschließend kommen Vertreterinnen und Vertreter bereits begonnener Projekte sowie Akteure vor Ort zu Wort.

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, und Stadt Leipzig, Dezernat Planung und Bau, Amt für Stadtplanung und Wohnungsbauförderung, Stadtteilmanagement „Leipziger Osten“.

Ort: Jugendclub Rabet, Konradstraße 26/Thümmelstraße, 04315 Leipzig.

Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Christa Böhme, Tel.: 030/39001-291; Thomas Franke, Tel.: 030/39001-107 sowie Stadtteilmanagement „Leipziger Osten“, Petra Hochtritt, Amt für Stadtplanung und Wohnungsbauförderung, Tel.: 0341/123-5454, E-Mail: phochtri@leipzig.de; Andreas Kaufmann, Tel.: 0341/477 21 05, E-Mail: andreas@kaufmann-leipzig.de.

17. 10. 2000, München

Seminar „Neue Perspektiven für die Stadtentwicklung – Das Förderprogramm ‚Die soziale Stadt‘ und seine Umsetzung in Bayern“

In dem Seminar sollen das Konzept und die Zielsetzung des Förderprogramms vorgestellt und seine Umsetzung in den 23 bayerischen Programmgebieten diskutiert werden. Die Veranstaltung wendet sich an Planerinnen und Planer sowie Verwaltungsfachleute, die mit der Umsetzung des Programms unmittelbar befasst sind oder dieses künftig nutzen möchten, an kommunale Mandatsträgerinnen und -träger sowie an alle, die sich für Stadtentwicklung und Städtebauförderung interessieren.

Veranstalter: Petra-Kelly-Stiftung, Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ort: Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München, Tagungssaal, Rupertstraße 11, München.

Anmeldung: Petra-Kelly-Stiftung, Reichenbachstraße 3a, 80469 München, Tel.: 089/24 22 67-30, Fax: -47, E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de; Anmeldeschluss: 2. Oktober 2000. Bitte die Seminarnummer 1-00-14 und den Namen angeben.

Kosten: DM 60,-, bei Ermäßigung DM 40,-. Zahlungen per Scheck oder auf

das Konto der Petra-Kelly-Stiftung, Konto-Nr. 22110, BLZ 70190200, Integra e.G. München.

18. bis 19. 10. 2000, Erlangen

Tagung „Von Beispielen lernen: Der Wiener Gesundheitsförderungsplan“

Es geht bei der Tagung um die Möglichkeiten und Grenzen des Transfers der Erfahrungen aus dem internationalen Projekt in die nationalen Netzwerke. Die Stadt Erlangen wird darüber hinaus ihre Erfahrungen mit stadtweiten Leitbilddiskussionen und der produktiven Zusammenführung der Kompetenzkreise Bürger, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft darlegen.

Veranstalter: Stadt Erlangen.

Ort: 18. Oktober: Ratssaal des Erlanger Rathauses, 19. Oktober: Heinrich-Lades-Halle (Stadthalle), Kleiner Saal.

Anmeldung: Stadt Erlangen, Bürgermeister- und Presseamt, Claudia Göbeler, PF 3160, 91051 Erlangen, Tel.: 09131/27 38, Fax: 86 22 13, E-Mail: gesund@stadt.erlangen.de.

Kosten: DM 20,- (Unkostenbeitrag).

19. 10. 2000, Dortmund

Workshop „Evaluation und Monitoring in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“

„Bestehende Ansätze sollen vor allem mit Blick auf Aufwand und Nutzwert für die Verwaltung und das Stadtteilmanagement diskutiert werden. Es sollen Anhaltspunkte gewonnen werden, wie Instrumente und Verfahren weiterentwickelt werden können und unter welchen Bedingungen eine Anwendung für die Kommunen sinnvoll ist.“ Adressatenkreis: Verantwortliche aus den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie interessierte Akteure aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Projektmanagement.

Veranstalter: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Dortmund.

Ort: ILS, Deutsche Straße 5, 44339 Dortmund. **Anmeldung/Auskünfte:** Klaus Austermann, Tel.: 0231/90 51-184; Ralf Zimmer-Hegmann, Tel.: 0231/90 51-240; Anmeldeschluss: 12. 10. 2000.

Kosten: DM 50,-.

26. bis 27. 10. 2000, Leipzig
„Impulskongress Quartiermanagement“
Arbeitsgruppen, Plenumsdiskussionen und Podien zu aktuellen Fragen des Quartiermanagements, z.B. Verhältnis zu anderen Akteuren im Quartier, Verhältnis zu Stadtverwaltung und Rat, Aktivierung der Bevölkerung, Aufgabenstruktur und Qualifikation, Bündelungserfolge/-schwierigkeiten, Beschäftigung und Qualifizierung, Bildungs-/Kulturarbeit.

Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu).

Ort: Werk II, Kochstr. 132, 04275 Leipzig (Donnerstag, Freitag); Immanuel-Kant-Schule, Scharnhorststraße 15, 04275 Leipzig (Freitag).

Anmeldung: Deutsches Institut für Urbanistik, z.Hd. Frau Schulz, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39001-218, Fax: -128; E-Mail: schulz@difu.de (Anmeldung bis 6. Oktober 2000).

3. 11. 2000, Freiburg/Breisgau
Fachtagung „Innovative Stadtteilentwicklung – Förderung des sozialen Lebens durch Gestaltung des (halb-)öffentlichen Raumes in Stadtteilen der 60er und 70er Jahre“

„Anliegen der disziplinübergreifenden Tagung ist:

1. die Bedeutung des öffentlichen Raumes für das soziale Leben im Stadtteil zu fokussieren;
2. Begriffe wie ‚Nachhaltigkeit‘, ‚Integrative Stadtteilentwicklung‘ auf ihre praktische Umsetzbarkeit zu überprüfen;
3. Wege für eine kooperative, interdisziplinäre und partizipierende Stadtteilentwicklung zu finden;
4. Sozialarbeitern und Sozialpädagogen, die sozialräumlich und gemeinwesenorientiert arbeiten, neue Denk- und Handlungsspielräume für ihre Praxis anzubieten.“

Veranstalter: Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen, Freiburg.

Ort: Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg.

Anmeldung: Forum Weingarten 2000 e.V., Krozinger Straße 11, 79114 Freiburg.

Kosten: DM 30,-, ermäßigt DM 5,- (für Studierende, Arbeitslose, Sozialhilfeberechtigzte); Überweisung des Tagungsbeitrags: Sparkasse Freiburg, Konto-Nr. 2266000, BLZ: 680 501 01; als Verwendungszweck bitte „Tagung“ sowie Ihren Namen angeben.

6. bis 8.11.2000,
Remagen-Rolandseck
Fachtagung Migration und Asyl
„Einwanderung – Aufgabe und Herausforderung für die ‚soziale Stadt‘“

Ziel dieser Fachtagung ist es, ausgehend von veränderten Zuwanderungsrealitäten und der Debatte über die Sozialraumorientierung ein neues integriertes Handlungskonzept für die Migrationssozialarbeit zu entwickeln. Schwerpunkt des ersten Tages: Interkulturelles Stadtteilmanagement. Die Tagung richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit und Interessierte aus allen Feldern sozialer Arbeit.

Veranstalter: AWO Bundesverband e.V.
Ort: Haus Humboldtstein, Remagen.

Anmeldung: AWO Bundesverband e.V., Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 0228/6685-0, Fax: -209, E-Mail: Kry@awobu.awo.org (Anmeldeschluss: 8. Oktober 2000).

Kosten: DM 100,- (Verpflegung und Unterbringung kostenlos).

9. bis 10.11.2000, Hildesheim
„Wege zur Sozialen Stadt – Bürgerinnen und Bürger, Wohnungswirtschaft und soziale Arbeit entwickeln Nachbarschaften“

„Die Tagung will Möglichkeiten der Nachbarschaftsentwicklung entdecken und setzt dabei einen Schwerpunkt auf die Kooperation von Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit. Sie wendet sich an Fachkräfte und Studierende aus den Bereichen Wohnungswirtschaft, Stadtplanung, Verwaltung und Soziale Arbeit sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger.“

Veranstalter: gbg – Gemeinnützige Baugesellschaft zu Hildesheim AG und Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen.

Ort: Hildesheim, Fachhochschule, Hohnsen 1, 1. Stock, Aula.

Anmeldung: bis zum 15.10.2000 bei der

Fachhochschule, Herrn Jürgen Ebert, Fax: 05121/88 14 72 oder der gbg, Frau Abraham, Fax: 05121/96 71 80.

Kosten: DM 50,-; DM 15,- für Studierende der FH Hildesheim/Holzwinden/Göttingen.

13. bis 15.11.2000, Düsseldorf
Kongress „6. Deutscher Präventionstag – Ein Forum für Kriminalprävention“

Thema: Gewalt – ein Phänomen unserer Gesellschaft?! Foren: Familie – Jugend – Medien – Migration – Schule – Urbanisierung

Nähere Informationen:

<http://www.praeventionstag.de>.

Veranstalter: prevent – Institut für Prävention im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Ort: Düsseldorf, Congress Center.

Anmeldung: Büro des Deutschen Präventionstages, Aachener Strasse 1064, 50858 Köln, Tel.: 0221/94 86 51-42, Fax: -43, E-Mail: DPT@praeventionstag.de.

15.11.2000, Nürnberg
Bayerische Innenstadtinitiative – Veranstaltung zur „Sozialen Stadt“ mit Staatsminister Dr. Beckstein

Mit der Veranstaltung, zu der neben den bayerischen Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kunst, der Wohnungswirtschaft, den Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden, der Wirtschaft, des Einzelhandels und des Städtebaus geladen werden, „soll die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ vor einer breiten Öffentlichkeit in einem größeren Zusammenhang dargestellt und diskutiert werden“.

Veranstalter: Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Postfach 22 00 36, 80535 München.

Ort: Nürnberg, Neues Museum Nürnberg (NMN).

16.11.2000, Nürnberg
Kongress „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – ‚Soziale Stadt‘ – Erfahrungen mit dem Quartiersmanagement und der Sozialplanung“

Dieser ISW-Kongress ergänzt die Auftakt-

veranstaltung des Freistaats Bayern am Mittwoch, 15. November 2000. Er wird in Zusammenarbeit mit der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern durchgeführt und ist vor allem dem Erfahrungsaustausch gewidmet. Der Kongress wendet sich an all diejenigen, die das Alltagsgeschäft der „sozialen Stadt“ zu bewältigen haben.

Veranstalter: Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Oberste Baubehörde München.

Ort: Neues Museum, Luitpoldstr. 5, 90402 Nürnberg.

Anmeldung: schriftlich an das ISW, Steinhilfstraße 1, 80333 München, ggf. über E-Mail: isw-muenchen@t-online.

Kosten: DM 280,-.

23.11.2000, Völklingen
Starterkonferenz zum Erfahrungsaustausch „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Saarland

Veranstalter: Ministerium für Umwelt und Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes. In Zusammenarbeit mit der GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH.

Ort: Kulturhalle Völklingen.

Anmeldung/Auskünfte: GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH, Nell-Breuning-Allee 8, 66115 Saarbrücken, Tel.: 0681/9762-102, Fax: -120, E-Mail: info@giu.de.

1. bis 2.12.2000, Berlin

6. bundesweiter Kongress
„Armut und Gesundheit“

„Mit der zentralen Aussage ‚Armut macht krank!‘ soll der Kongress bilanzieren, welche konkreten Schritte zur Verringerung sozial ungleicher Gesundheitschancen unternommen werden können und müssen“. Einer der Themenschwerpunkte: „Armutsbekämpfung im Stadtteil“.

Veranstalter: Gesundheit Berlin e.V.

Ort: Berlin, Haus der Kulturen der Welt (Kongresshalle).

Kontakt: Gesundheit Berlin,

Wiesenerstraße 17, 12101 Berlin, Tel.: 030/785 89 69, Fax: 786 52 15.